

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

17. WP - 32. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. Juli 2010, 14:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 383 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD) Vorsitzender
Dr. Michael von Abercron (CDU)
Astrid Damerow (CDU)
Werner Kalinka (CDU)
Petra Nicolaisen (CDU)
Barbara Ostmeier (CDU)
Dr. Kai Dolgner (SPD)
Serpil Midyatli (SPD)
Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)
Gerrit Koch (FDP)
Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)
Silke Hinrichsen (SSW)

Weitere Abgeordnete

Johannes Callsen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Seite

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen
Abgeordnetengesetzes** **4**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/608

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/621

(überwiesen am 16. Juni 2010)

hierzu: Umdrucke 17/1013, 17/1023, 17/1034

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 14:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/608

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/621

(überwiesen am 16. Juni 2010)

hierzu: Umdrucke 17/1013, 17/1023, 17/1034

Der Vorsitzende, Abg. Rother, weist einleitend darauf hin, zur Klarstellung ihres Gesetzentwurfs, Drucksache 17/608, hätten die Fraktionen von CDU und FDP jetzt noch einen Änderungsantrag, Umdruck 17/1034, vorgelegt. Der Ausschuss nehme deshalb jetzt noch einmal seine Beratungen zu dem Gesetzentwurf auf, um diese Änderungen in der Beschlussempfehlung für das Plenum berücksichtigen zu können.

Abg. Fürter zeigt sich überrascht, dass jetzt von den Fraktionen von CDU und FDP dieser Änderungsantrag vorgelegt werde, obwohl in der letzten Sitzung des Ausschusses das Thema Prozentpunkte oder Prozent ausdrücklich angesprochen und diskutiert worden sei. Er möchte wissen, welche geänderte Sachlage seitdem eingetreten sei, die diese Änderung rechtfertige.

Abg. Hinrichsen erklärt, diese jetzt kurzfristig vorgelegte Änderung durch die Regierungskoalition mache deutlich, dass es besser gewesen wäre, sämtliche Vorschläge im Zusammenhang mit der Änderung des Abgeordnetengesetzes in Ruhe zu beraten. Unabhängig davon habe sich ihre Fraktion entschlossen, trotz dieser Kritik am Verfahren dem Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP mit den vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen. Weiterhin habe ihre Fraktion für die Landtagstagung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Ministergesetzes eingebracht. Der SSW gehe davon aus, dass ein rückwirkendes Inkrafttreten dieser Änderungen zum 1. August 2010 dann bei einer Beratung und Verabschiedung erst nach der Sommerpause trotzdem möglich sein werde. Sie hoffe, dass sämtliche weiteren Änderungen in diesem Zusammenhang einvernehmlich durchgeführt werden könnten.

Abg. Kalinka führt aus, im Zusammenhang mit dem vorgelegten Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP habe es Kommunikationsprobleme gegeben. Es sei unklar gewesen, wie dieser Gesetzentwurf genau gemeint sei. Mit dem heute vorgelegten Änderungsantrag erfolge deshalb jetzt eine Klarstellung. Im Übrigen sei sich der Ausschuss schon bei der Diskussion in der letzten Sitzung darüber einig geworden, wie das weitere Verfahren im Zusammenhang mit weiteren Vorlagen zu diesem Thema erfolgen solle. Dies werde in den Beschlüssen, die in Umdruck 17/1023 niedergelegt seien, deutlich. - Der Vorsitzende weist darauf hin, dass diese Beschlüsse des Ausschusses inzwischen an die Landesregierung und den Ältestenrat mit der Bitte um Umsetzung weitergeleitet worden seien.

Abg. Jezewski bemerkt, dass jetzt noch einmal eine Klarstellung erforderlich sei, zeige, dass eine ausführlichere Beratung in dieser Sache besser gewesen wäre. Er zeigt sich enttäuscht, dass dieser sowieso schon nur symbolische Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, der von den Funktionsträgern im Rahmen des vorgelegten Gesetzentwurfs geleistet werden solle, mit dem vorliegenden Änderungsantrag noch einmal abgesenkt werden solle. Die Fraktion DIE LINKE werde diesem Änderungsantrag nicht zustimmen. Er beantragt außerdem, die abschließende Beratung über den Gesetzentwurf zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes, Drucksache 17/608, und die dazu vorliegenden Änderungsanträge zu vertagen und zunächst den Ältestenrat oder auch die Parlamentarischen Geschäftsführer zu bitten, untereinander eine Einigung zu erzielen.

In der anschließenden Abstimmung trifft der Ausschuss folgende Beschlüsse:

- Der Antrag auf Vertagung der weiteren Beratungen wird mit den Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD, der LINKEN und SSW abgelehnt.
- Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/621, wird mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der LINKEN bei Enthaltung der Stimme des SSW abgelehnt.
- Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 17/1013, wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN bei Enthaltung der Stimme des SSW abgelehnt.
- Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, Umdruck 17/1034, wird mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE und bei Enthaltung der Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

- Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE und bei Enthaltung der Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/608, in der durch den Änderungsantrag, Umdruck 17/1034, geänderten Fassung.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 14:45 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin